



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Müller SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbände sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushaltsplan 2019/2020 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird der Ansatz in der TG 70 (Digitalisierung und Vernetzung, bayernweite Verbundstrukturen) Tit. 894 70 (Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbände sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen) für das Jahr 2020 von 4.500,0 Tsd. Euro um 5.000,0 Tsd. Euro auf 9.500,0 Tsd. Euro angehoben sowie eine Verpflichtungsermächtigung von 10.000,0 Tsd. Euro ausgebracht.

Begründung:

Im ländlichen Raum weist der ÖPNV nach wie vor erhebliche Defizite bei Abdeckung und Taktung auf, die es zu beheben gilt. Verbundstrukturen und -standards tragen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV im ländlichen Raum bei. Intensiver unterstützt werden sollen Gründung und Ausbau regionaler Verbundsysteme, indem Gemeinden die Aufnahmekosten sowie Verbänden einmalig anfallende Kosten (Verbundstandardisierung der Fahrkartensysteme, Fahrpläne etc.) zumindest in den Startjahren teilweise erstattet werden können. Der „Flickenteppich“ einerseits aus Gebieten mit passablen Verkehrsverbänden und andererseits aus solchen, in denen Tarifsysteme und Fahrpläne nicht dem Bedarf entsprechen, muss beendet werden. Um hier Impulse zu setzen und beschleunigt in verbesserte Strukturen einsteigen zu können, bedarf es einer deutlich erhöhten finanziellen Unterstützung der Verbundstrukturen und somit der Vernetzung des ÖPNV.

Fernziel muss nach dem Programm „Vision ÖPNV 2030“ der BayernSPD-Landtagsfraktion ein flächendeckender und landesweiter Verkehrsverbund sein. Das Bundesland Brandenburg kann hier mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) exemplarisch genannt werden. Auch Bayern braucht die Verkehrswende hin zu einer umwelt- und klimafreundlichen Mobilität, die für jeden erschwinglich ist. Es ist eine große politische Herausforderung, dafür zu sorgen, dass in Zukunft der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eine immer größere und wichtigere Rolle bei den Verkehrsträgern einnehmen wird.

Bei einem zu erwartenden weiteren Wachstum und den damit verbundenen Verkehrsproblemen in den bayerischen Ballungsräumen und der angrenzenden Regionen ist ein Ausbau des ÖPNV mit dem Ziel einer flächendeckenden Verbundstruktur notwendig,

um verstopften Straßen und Staus vorzubeugen. Hierbei sind eine Ausweitung der Verkehrsverbünde, eine verstärkte Zusammenarbeit und gemeinsame Angebote erforderlich, was die Mobilität innerhalb der großen Städte sowie in die Ballungszentren hinein und aus ihnen heraus erleichtert.

Die Änderungsanträge der SPD mit einer deutlichen Erhöhung der Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde und Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen sowie mit der Stärkung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat Bayern eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.